Für die Heimat
Artur Auernhammer

Mehr unter 05/2019
artur-auernhammer.de

CSU

Bundestag debattiert über Digitalisierung in der Landwirtschaft

Die Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft standen am 16. Mai auf der Tagesordnung im Deutschen Bundestag. In ihrem Antrag fordert die Regierungskoalition einen offenen Zugang und standardisierte Datenformate für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.

„Mit digitalen Technologien wird maßgeblich zu einer umweltfreundlichen, ressourcen- und gewässerschonenden Landwirtschaft beigetragen.“ so Agrarpolitiker Artur Auernhammer. Dies erfolge beispielsweise, indem über Sensorik die Tiergesundheit gemessen werden könne beziehungsweise der Einsatz von Pflanzenschutz- oder Düngemittel punktgenau und daher besonders sparsam erfolgen könne.

Dazu soll die Bundesregierung unter anderem den Breitbandausbau im ländlichen Raum intensivieren, um die Präzisionslandwirtschaft auf allen Äckern und Wiesen sowie eine moderne multifunktionale Forstwirtschaft in den Wäldern zu ermöglichen.

Wichtig ist Artur Auernhammer außerdem, dass ein sicherer und reibungsloser Datenaustausch gewährleistet wird. Die Landwirte müssten die Hoheit über ihre Daten haben.

Darüber hinaus soll gemeinsam mit den Bundesländern geprüft werden, wie Wetter-, Boden- und andere Geodaten sowie relevante Betriebsmitteldaten und GAP-Anträge auf der Grundlage des Geodatenzugangsgesetzes und des e-Government-Gesetzes den Bürgern und insbesondere den Landwirten sowie den Waldeigentümern grundsätzlich kostenlos und unter Wahrung des Datenschutzes zur Verfügung gestellt werden können.

Schillingsfürster Spezialitäten für Angela Merkel

Bericht auf Seite 5

Renten steigen

Erfreulich: Die Rente steigt erneut ab Juli dank der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und steigender Löhne. Dies hat das Kabinett beschlossen - ein wichtiger Schritt auch zur gesetzlich festgelegten Angleichung der Renten in Ost und West.

Reduzierung von Plastikmüll entschlossen angehen

Plastikabfälle gehören nicht in die Weltmeere und auch nicht in unsere Wälder. Die Vermeidung von Einwegplastik und damit auch die Reduzierung des Eintrages von Plastikabfällen in die Umwelt ist eine zentrale umweltpolitische Aufgabe. Deshalb unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Richtlinienvorschlag des Europäischen Parlaments ausdrücklich.

Viele Einwegartikel aus Kunststoff sind heute überflüssig, weil es dafür Ersatz gibt. Für die weitere Diskussion ist allerdings wichtig, dass nur solche Produkte ersetzt werden, für die es wirklich eine ökologisch bessere Alternative gibt.

Nutzung von Einwegartikeln reduzieren – Internationaler Rechtsrahmen benötigt

Abfälle und gerade Plastikabfälle sind auch ein globales Problem. Deshalb ist es wichtig, das Thema auch in der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen. Wir haben im Haushalt des laufenden Jahres 50 Millionen Euro speziell für diesen Bereich bereitgestellt.

Und wir brauchen einen möglichst verbindlichen internationalen Rechtsrahmen zur Müllvermeidung und zum Schutz der Meere. Dafür werden wir intensiv werben.

Attraktivität der Beruflichen Bildung steigt

Leitbild ist die Gleichwertigkeit mit akademischer Bildung. Die Bundesregierung hat den von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek eingebrachten Entwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes beschlossen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist das Leitbild der Union. Deswegen wurde im Koalitionsvertrag besonderer Wert auf die Verbesserung der beruflichen Bildung gelegt. Die Union will mit dem Gesetz erreichen, dass wieder mehr Menschen die Chancen der international hoch anerkannten beruflichen Ausbildung in Deutschland nutzen. Die Richtschnur wird dabei eine qualitative Verbesserung für Auszubildende, Unternehmen und Ausbilder sein, um die Attraktivität in der beruflichen Bildung weiter zu steigern.

Neuregelung der Erwerbsmigration – Hochschulabsolventen und Fachkräfte mit Berufsausbildung werden gebraucht

Die Bundesregierung hat Anfang Mai im Bundestag den Entwurf eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vorgelegt. Damit gebe die Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten ab, also aus Staaten außerhalb der Europäischen Union, so Bundesinnenminister Horst Seehofer. Mit dem Gesetz würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diejenigen Fachkräfte, die unsere Wirtschaft dringend brauche, gesteuert und geordnet nach Deutschland kommen können.

„In der Gesundheitsbranche, in der Pflege, im Handwerk, auf dem Bau und in vielen technologischen Berufen suchen die Betriebe händeringend nach Fachkräften. Die demografische Entwicklung wird dieses Problem des Fachkräftemangels noch verstärken“, begründete der Innenminister den Gesetzentwurf. Er wies aber zugleich darauf hin, dass zuerst das inländische und europäische Arbeitskräftepotenzial genutzt werde. Allerdings werde dies absehbar nicht ausreichen, um den Fachkräftebedarf in Deutschland zu sichern.

Gesetzentwurf enthält klare Kriterien

Der Gesetzentwurf enthält klare Kriterien dafür, wer unter welchen Voraussetzungen zum Arbeiten nach Deutschland kommen darf. Damit bekommen die Unternehmen Rechtssicherheit und die Fachkräfte, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen wollen, bekommen eine Perspektive.

In dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist aber auch berücksichtigt, dass sich die Konjunktur, die Arbeitsplatzsituation in Regionen oder im ganzen Land verändern könnten. Deshalb ist über eine Verordnungsermächtigung im Gesetz sichergestellt, dass bei einer Veränderung der Arbeitsmarktsituation in einer Region wieder eine Vorrangprüfung durchgeführt werden kann. Das heißt, die Menschen, die bereits hier leben, hätten dann einen Vorrang bei der Arbeitsplatzvermittlung.

Es werde an der klaren und auch nachvollziehbaren strikten Trennung von Asyl und Erwerbsmigration festgehalten. Das sei ein wesentlicher Teil Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Es gehe um die Erwerbsmigration und nicht um eine Spielart des Asylverfahrens, betonte Seehofer.

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm als Junior-Botschafter in die USA

Der Deutsche Bundestag vergibt wieder Stipendien für ein Auslandsjahr in den USA. Ab sofort können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) für das Austauschjahr 2020/2021 auf der Internetseite www.bundestag.de/ppp bewerben.

Die Bewerbungsfrist endet am 13. September 2019.

Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses für junge Deutsche und US-Amerikaner. Bundestagsabgeordnete übernehmen für die Jugendlichen eine Patenschaft. Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Gelebt wird in Gastfamilien. Gleichzeitig verbringen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA ein Austauschjahr in Deutschland. Die Stipendiaten lernen den Alltag, die Kultur und die Politik des anderen Landes kennen.

Zugleich vermitteln sie als Junior-Botschafter ihre Erfahrungen, Werte und Lebensweise aus ihrem Land. In der Stadt Ansbach, den Landkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen nominiert der Wahlkreisabgeordnete Artur Auernhammer die PPP-Stipendiatin oder den Stipendiaten nach einer unabhängigen Vorauswahl und übernimmt die Patenschaft.

Weitere Informationen unter:

www.bundestag.de/ppp

Ein Blick hinter die Kulissen des Bundestages

Am diesjährigen Know-how-Transfer, der vom 13. bis zum 17. Mai stattfand, nahmen über 200 junge Wirtschaftsvertreter aus ganz Deutschland teil. Inhaltlich machten sich die Wirtschaftsjunioren für mehr Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland, die Förderung von Gründungen und eine progressive Europapolitik stark. Auf dem Programm standen zudem Hintergrundgespräche mit den Fraktionsvorsitzenden, Treffen mit jungen Parlamentariern und ein Termin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland sind mit mehr als 10.000 Mitgliedern der bundesweit größte Verband junger Unternehmer und Führungskräfte und organisieren den Know-how-Transfer bereits zum 25. Mal. Ziel der Projektwoche ist es, jungen Unternehmern einen Einblick in den parlamentarischen Alltag zu geben und den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu fördern.

Wirtschaftsjunior begleitet Artur Auernhammer bei parlamentarischer Arbeit

Junge Wirtschaft trifft Politik – unter diesem Motto stand der jährliche „Know-how-Transfer“ der Wirtschaftsjunioren Deutschland mit dem Deutschen Bundestag. Während der diesjährigen Projektwoche begleitete der Versicherungsfachmann und 2. Vorstandsvorsitzende der Gunzenhäuser Wirtschaftsjunioren Christian Mayr den Wahlkreisabgeordneten Artur Auernhammer eine Woche lang bei seiner parlamentarischen Arbeit. Der Know-how-Transfer fand in diesem Jahr bereits zum 25. Mal statt.

„Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft im Dialog bleiben“, betont Artur Auernhammer. Auch für die jungen Unternehmer und Führungskräfte hat sich der Austausch gelohnt: „Es war eine spannende Woche und eine tolle Möglichkeit, hinter die Kulissen des politischen Berlins zu schauen“, fasst Christian Mayr seine Eindrücke zusammen.

Kein Abmahnunwesen auf Kosten des Mittelstands

Das Bundeskabinett verabschiedete am 15. Mai den Gesetzentwurf zur Stärkung des fairen Wettbewerbs. Mit dem Gesetzentwurf wird dem Abmahnmissbrauch ein Riegel vorgeschoben. Insbesondere die neue Regelung des § 13 Abs. 4 Nr. 2 UWG ist ein Erfolg der CSU im Deutschen Bundestag. Damit werden die finanziellen Anreize bei Abmahnungen gegenüber kleinen Unternehmen gekappt. Das Ziel, gerade kleine Unternehmen wirksam vor Abmahnungen durch Mitbewerber wegen Datenschutzverstößen zu schützen, haben wir damit erreicht. Gleichzeitig wird durch mehr Transparenz bei urheberrechtlichen Abmahnungen der Schutz für Verbraucher ausgeweitet.

Delegation aus Schillingsfürst zu Gast in Berlin

Mit einem Zeugnis des traditionellen Bäckereihandwerks der Region, dem Frankemer Stupfl, im Gepäck besuchte eine Delegation der Gemeinde Schillingsfürst unter der Leitung des Ersten Bürgermeisters Michael Trzybinski den Bundestagsabgeordneten Artur Auernhammer in Berlin.

Dem Besuch vorausgegangen war eine Abmachung zwischen dem Bürgermeister und dem Abgeordnetem: Falls es dem Schillingsfürster Schlosscafé und Bürgermeister Trzybinski gelingen sollte, die Idee des Bürgermeisters umzusetzen, den Frankemer Stupfl in ein neues Design zu kleiden, werde Bundestagsabgeordneter Auernhammer diesen in Berlin bekannt machen. Am 10. Mai 2019 kam es schließlich zur Übergabe im Deutschen Bundestag.

Schillingsfürster Spezialitäten für Angela Merkel

Als eine der ersten politischen Persönlichkeiten kamen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus in den Genuss der Spezialität aus der fränkischen Heimat Auernhammers.

„Es war mir eine große Ehre, der Kanzlerin und dem Fraktionsvorsitzenden die Spezialität der Schillingsfürster zu übergeben. Der Frankemer Stupfl repräsentiert die kulinarische Vielfalt meiner Heimat, auf die ich sehr stolz bin“, betonte der Bundestagsabgeordnete Artur Auernhammer.

Im Rahmen ihrer Fahrt nach Berlin tauschten sich die Schillingsfürster mit ihrem Bundestagsabgeordneten nicht nur über die aktuelle Tagespolitik aus, sondern diskutierten insbesondere Themen des ländlichen Raums und der Landwirtschaft. Abgerundet wurde der Besuch durch eine ausführliche Führung in den Gebäuden des Bundestages, die mit der Besichtigung der Reichstagskuppel ihren Höhepunkt fand.

den Schüler

Vom Landkreis Ansbach in die USA

David Binder aus Herrieden ist „stolz und überglücklich“. Der Herrieder Realschüler darf das kommende Schuljahr als „Botschafter“ für Deutschland und Bayern an einer Highschool in den Vereinigten Staaten von Amerika verbringen. David wird für ein Jahr in einer Gastfamilie leben und dort die bayerischen Werte vertreten.

David ist freundlich, sympathisch und weltoffen, das werde ihm in den USA sicherlich helfen, lobte der Bundestagsabgeordnete Artur Auernhammer nach einem ersten gemeinsamen Gespräch in seinem Wahlkreisbüro in Ansbach den Schüler, bei dem er ihm auch symbolisch eine USA-Flagge überreichte.

David Binder geht in die USA

Als „Pate“ hat der CSU Politiker Artur Auernhammer den Schüler aus einer Vielzahl von eingegangenen Bewerbungen als einen von rund 360 Teilnehmern am Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) 2019/2020 des Deutschen Bundestages ausgewählt.

Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA, das im Jahr 1983 aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika vereinbart wurde.

In welchem Bundesstaat der USA David Binder sein Schuljahr verbringen wird, entscheidet sich erst in wenigen Wochen. Auch Artur Auernhammer ist gespannt, aus welchem Bundesstaat der Herrieder ihn regelmäßig über Facebook und E-Mail informieren wird.

Richtfest des Amtes für Ernährung Landwirtschaft und Forsten ALEF

Zusammen mit zahlreichen Gästen nahm MdB Artur Auernhammer am Richtfest für das neuen Gebäudes des Amtes für Ernährung Landwirtschaft und Forsten teil.

Ministerialdirektorin Brigitta Brunner hielt die Festrede zu diesem Ereignis. Anschließend wurde der traditionelle Richtspruch durch die Zimmerleute gesprochen.

Gemeindebesuch in Meinheim

Im Rahmen eines Gemeindebesuches in Meinheim besichtigte MdB Auernhammer zusammen mit dem 1. Bürgermeister Wilfried Cramer, dem 2. Bürgermeister Herbert Wolf sowie zwei Gemeinderäten die umgebaute Mehrzweckhalle. Anschließend wurde im Rathaus über die aktuellen Anliegen der Gemeinde gesprochen.

Danach stand noch der Besuch des Wohnstudios Lehner, dem größten Betrieb in der Gemeinde, auf dem Programm. Geschäftsinhaber Erhard Lehner stellte hierbei die zahlreichen Vorteile seines vergleichsweise kleinen Möbelhauses gegenüber eines „Möbelriesen“ in den Vordergrund. Vor allem die individuelle und kompetente Beratung seien dabei die größten Pluspunkte.

26. MAI WÄHLEN GEHEN!

MdB Artur Auernhammer aktiv im Europawahlkampf

Artur Auernhammer besuchte den Europawahlkampfauftakt des CSU-Kreisverbandes Ansbach-Land und den gleichzeitig stattfindenden Frühlingsempfang des CSU-Ortsverbandes Wolframs-Eschenbach. Ehrengast war die mittelfränkische Spitzenkandidaten Marlene Mortler, MdB. Bei einer kurzweiligen und stimmungsvollen Rede stellte sie dar, wie wichtig Europa für uns ist und welche großartigen Chancen es bietet.

Besuch in Burgoberbach, Lichtenau und Petersaurach

Bei einer Tour durch den Wahlkreis besuchte MdB Auernhammer die Gemeinden Burgoberbach, Lichtenau und Petersaurach. Dabei sprach er mit den örtlichen Bürgermeistern über die großen und kleinen Anliegen ihrer Gemeinden. In Burgoberbach besuchte Artur Auernhammer noch das Autohaus Feser Breitschwert GmbH und in Lichtenau den Global Player in Sachen Edelstahlverarbeitung Eberhardt GmbH. Bei einer Besichtigung der S-Bahn-Haltestellen in Petersaurach und Wicklesgreuth war die schwierige Parksituation an den Bahnhöfen Hauptthema. Ein großartiger Abschluss war dann noch ein hoch interessanter Austausch mit dem Petersauracher Ortsverband.

Im Autohaus Feser, Burgoberbach

In der Gemeinde Lichtenau

Besuch beim OV Petersaurach

Gemeindebesuch in Petersaurach

Es lohnt sich zu kämpfen – großzügiger Zuschuss für Langenaltheim!

Kürzlich machte sich Bundestagsabgeordneter Artur Auernhammer persönlich einen Eindruck vom Zustand der Mehrzweckhalle in Langenaltheim. Bei einem Gemeindebesuch beging der Abgeordnete im Beisein von Bürgermeister Alfred Maderer sowie einigen Gemeinderäten die Halle. Vor Ort zeigten sich die Sanierungserfordernisse deutlich. So ist unter anderem ein Teil des Daches undicht, die Lampen müssten auf neue LED-Technik umgerüstet, sowie der Brandschutz ertüchtigt werden. Artur Auernhammer dazu: „Ich werde mich immer wieder dafür einsetzen, dass in meinem Wahlkreis solche Projekte unterstützt werden. Am Beispiel Langenaltheim sieht man, dass es sich lohnt, dafür zu kämpfen."

Die 1982 erbaute Mehrzweckhalle hat einige brandschutztechnische Defizite, aber auch die Hallendecke sei laut der Unteren Baubehörde des Landratsamtes nicht ordnungsgemäß und müsse dringend nachgerüstet werden. Mit den jetzt zugesagten Zuschüssen können nun die notwendigen Sanierungsarbeiten finanziert werden.

Besuch der Mehrzweckhalle in Langenaltheim

Die Gemeinde Langenaltheim erhält aus dem Programm „Förderung kommunaler Einrichtungen" für die Sanierung ihrer Mehrzweckhalle den großzügigen Bundeszuschuss von 378.000 Euro bei einer Investitionssumme von 420.000 Euro.

Hintergrund des Förderprogrammes: Bundesweit standen 300 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung, wovon allein auf Bayern 23 Millionen Euro entfielen. Es konnten insgesamt 22 Projekte in Bayern gefördert werden.

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter

Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung

CDU / CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Bestellservice des Deutschen Bundestages